



Oppositionelle Frauen

in **Ost-Berlin**
in den **1980er-Jahren**



Berliner Beauftragter
zur Aufarbeitung
der SED-Diktatur

BERLIN





Berliner Beauftragter
zur Aufarbeitung
der SED-Diktatur

Titelbild:

Frauen erstreiten am 7. Dezember 1989
die Teilnahme des „Unabhängigen Frauenverbandes“ (UFV)
am „Zentralen Runden Tisch“

INHALTSVERZEICHNIS

Frauen in der Opposition	4
Die „Frauen für den Frieden“ in Ost-Berlin	7
Porträt: Bärbel Bohley	9
Aktionsformen und -räume	12
Porträt: Christa Sengespeick-Roos	14
Die „Lesben in der Kirche“ (LiK)	16
Porträt: Bettina Dziggel	18
Reaktionen des SED-Regimes	20
Umgang der Frauen mit staatlicher Repression	23
Vernetzung innerhalb der DDR und über Grenzen hinweg	25
Der „Unabhängige Frauenverband“	28
Porträt: Tatjana Böhm	30
Frauen am Verhandlungstisch	32
Porträt: Ingrid Köppe	34
Fazit: „Ohne Frauen läuft nichts mehr“	36

FRAUEN IN DER OPPOSITION

KONTEXT

MEINUNGS- FREIHEIT –

Was ist das?

Erklärvideo
mit Abdelkhatib



<https://www.youtube.com/watch?v=phZxxywvRBI>

In der Bundesrepublik können wir heute unsere Meinung frei äußern. Dies garantiert uns Art. 5 des Grundgesetzes. In Diktaturen war und ist freie Meinungsäußerung nicht möglich. Die SED-Diktatur schuf mit den Blockparteien und Massenorganisationen staatlich gelenkte und stark begrenzte Partizipationsmöglichkeiten. Sie banden einen Großteil der Bevölkerung in das politische System ein. Alle gesellschaftlichen und politischen Aktivitäten jenseits dieser Strukturen waren ein Angriff auf die Macht der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) und konnten drastische Konsequenzen haben.

Das SED-Regime beobachtete, „zersetzte“ und inhaftierte seine Gegnerinnen und Gegner. Dennoch wandten sich Menschen immer wieder gegen die Herrschaft der Staatspartei. Sie verfolgten unterschiedliche Motive und

Zielsetzungen. In den 1980er-Jahren kritisierten v. a. Friedens- und Umweltgruppen das Regime. Sie prangerten die Zerstörung der Natur und die Militarisierung der Gesellschaft an und kämpften u. a. um die Einhaltung von Menschenrechten wie Meinungs- und Pressefreiheit.

BASISWISSEN

Zersetzung

Mit Zersetzungsmaßnahmen ging das Ministerium für Staatssicherheit (Stasi), die Geheimpolizei des SED-Regimes, gegen Gegnerinnen und Gegner vor. Dabei handelte es sich um subtile Methoden der Unterdrückung, die für die betroffenen Personen sehr belastend und folgenreich waren. So streute die Stasi z. B. gezielt Gerüchte, um Personen in Verruf zu bringen und von ihrem sozialen und/oder beruflichen Umfeld zu isolieren. Die Stasi warb Menschen an, die im Sinne des SED-Regimes Einfluss auf die Gruppen nehmen sollten. Die Geheimpolizei bezeichnete diese als „Inoffizielle Mitarbeiter“ (IM). Sie sollten u. a. Zwietracht sähen, um weitere Aktionen zu verhindern.

KONTEXT

Deutschlandfunk: Verfolgt und eigensinnig

Unangepasste Frauen
in der DDR



<https://www.deutschlandfunk.de/verfolgt-und-eigensinnig-unangepasste-frauen-in-der-ddr-100.html>

In vielen Gruppen gestalteten Frauen den Weg zur Friedlichen Revolution 1989/90 mit. Sie schufen sich auch eigene Räume des Austausches und wollten damit die Dominanz männlicher Sichtweisen und Stimmen durchbrechen, ihre eigenen Themen setzen,

eigene Positionen entwickeln und Aktionen planen. DDR-weit entstanden in den 1980er-Jahren über 100 Frauengruppen mit unterschiedlichen Themenschwerpunkten, darunter Friedensarbeit, Umweltschutz und Feminismus.

WUSSTEST DU ...

... dass sich das SED-Regime zwar die Gleichberechtigung zwischen Frau und Mann auf die Fahnen schrieb, jedoch die Rollenverteilung in der DDR eher traditionell blieb?

In der DDR kümmerten sich mehrheitlich die Frauen um Kinder und Haushalt. Dies führte häufig zu einer Mehrfachbelastung im Alltag, denn 80% der Frauen in der DDR waren Ende der 1980er-Jahre berufstätig. Das SED-Regime brauchte die Arbeitskraft von Frauen, denn Arbeitskräftemangel war ein ständiges Problem. Auch bei Verdienst und Karrierechancen spiegelte sich die politisch erstrebte Gleichstellung von Mann und Frau nicht wider: Frauen verdienten durchschnittlich 30% weniger als Männer und in Führungspositionen waren sie unterrepräsentiert.

DIE „FRAUEN FÜR DEN FRIEDEN“ IN OST-BERLIN

Im März 1982 erließ das SED-Regime ein neues Wehrdienstgesetz. Zum ersten Mal sollten im Verteidigungsfall und während der Mobilmachung Frauen in die allgemeine Wehrpflicht einbezogen werden. Für einige Frauen war dies der Auslöser, ihre Stimme zu erheben und sich aktiv gegen diese und andere Regeln des SED-Regimes aufzulehnen. Sie schlossen sich zusammen und engagierten sich, angelehnt an westdeutsche Friedensgruppen, als „Frauen für

den Frieden“. Mit ihren Aktionen protestierten sie gegen die Militarisierung der Gesellschaft.

Als Gründungsakt der „Frauen für den Frieden“ Ost-Berlin gilt eine Eingabe an den Staats- und Parteichef Erich Honecker im Oktober 1982. Sieben Frauen – Bärbel Bohley, Katja Havemann, Almut Ilsen, Irena Kukutz, Ulrike Poppe, Bettina Rathenow und Karin Teichert – hatten den Text verfasst, in dem sie gegen das neue

BASISWISSEN

Eingaben

Mit Eingaben konnten sich Menschen in der DDR direkt an staatliche Stellen wenden, um Beschwerden, Hinweise oder Vorschläge einzubringen. Eine Antwort sollte innerhalb von zwei Wochen erfolgen. Das SED-Regime schuf mit der Eingabe eine Beteiligungsform, die Konfliktpotenzial innerhalb der Gesellschaft entschärfen sollte. Politische Teilhabe war damit nicht verbunden. Viele Menschen in der DDR nutzten die Eingabe, um auf Alltagsprobleme hinzuweisen und eine Lösung einzufordern. Für die Machthaber waren Eingaben gleichzeitig eine Möglichkeit, die Stimmung in der Bevölkerung einzuschätzen.

QUELLE

„Wir Frauen wollen den Kreis der Gewalt durchbrechen und allen Formen der Gewalt als Mittel zur Konfliktlösung unsere Teilnahme entziehen.“

Eingabe der „Frauen für den Frieden“ an Erich Honecker vom 12. Oktober 1982



https://bildungsserver.berlin-brandenburg.de/fileadmin/havemann/docs/material/1982_frauen_fuer_frieden.pdf

Wehrdienstgesetz protestierten und ein Gespräch mit Honecker einforderten. Etwa 130 weitere Frauen unterschrieben den Brief. Eine direkte Antwort vom Staats- und Parteichef erhielten sie nicht.

Das SED-Regime versuchte, die Unterzeichnerinnen einzuschüchtern: Am 24. November 1982 suchten SED-Mitglieder alle Frauen zu Hause oder am Arbeitsplatz zu einem persönlichen Gespräch auf. Dies war kein Dialog auf Augenhöhe. Die Frauen wurden unter Druck gesetzt und sollten ihre Unterschrift zurückziehen. Die Gespräche kamen für die Frauen überraschend, sodass sie sich nicht miteinander abstimmen konnten. Sie mussten sich allein zur Wehr setzen, dennoch zog keine der Frauen ihre Unterschrift zurück.

PORTRÄT: BÄRBEL BOHLEY



Bärbel Bohley
1988 in ihrem
Atelier

Bärbel Bohley gründete die „Frauen für den Frieden“ in Ost-Berlin sowie die Oppositionsgruppen „Initiative Frieden und Menschenrechte“ und „Neues Forum“ mit. Sie war seit Beginn der 1980er-Jahre an zahlreichen oppositionellen Aktionen in der DDR beteiligt und erhielt – als eine der wenigen engagierten Frauen – mediale Aufmerksamkeit in Ost und West. Dies

war auch ihren engen Kontakten zur westdeutschen Friedens- und Umweltbewegung geschuldet. So verband Bärbel Bohley eine enge Freundschaft mit Petra Kelly, einer Mitbegründerin der Partei „Die Grünen“ in der Bundesrepublik. Im Jahr 1983 inhaftierte die Stasi Bärbel Bohley und Ulrike Poppe. Ihnen wurde „landesverräterische Nachrich-

Informationsstand
der „Frauen für den
Frieden“ während der
Friedenswerkstatt 1983
in der Ost-Berliner
Erlöserkirche



WER WAR ...

... Bärbel Bohley?

Bärbel Bohley wurde 1945 als Bärbel Brosius in Berlin geboren. Sie machte 1963 das Abitur und danach eine Lehre als Industriekauffrau. Anschließend studierte sie an der Kunsthochschule Berlin-Weißensee Malerei. Sie engagierte sich im staatlichen Verband Bildender Künstler der DDR und wurde 1979 Mitglied des Bezirksvorstandes Berlin. 1983 schloss sie der Verband aus. Nach der Friedlichen Revolution in der DDR setzte sie sich weiterhin für Demokratisierung und Menschenrechte ein. Sie war u. a. EU-Beauftragte in Sarajevo, wo sie für die Rückkehr der Geflüchteten des jugoslawischen Bürgerkrieges und den Wiederaufbau des Landes kämpfte. Bärbel Bohley starb 2010.

tenübermittlung“ vorgeworfen, weil sie in engem Kontakt zur neuseeländischen Friedensaktivistin Barbara Einhorn standen. Die Stasi hatte bei Barbara Einhorn Aufzeichnungen über Gespräche mit den Friedensfrauen gefunden, die für eine Publikation gedacht

waren. Die Inhaftierungen lösten eine Welle internationaler Solidarität aus. Nach sechs Wochen Untersuchungshaft im Stasi-Gefängnis Berlin-Hohenschönhausen kamen Bärbel Bohley und Ulrike Poppe frei.

Nach einer erneuten Verhaftung zwang das SED-Regime Bärbel Bohley 1988 ins westliche Exil. Nach sechs Monaten konnte sie in die DDR zurückkehren. Wie viele andere Oppositionelle wollte sie weiterhin in ihrem Land für Veränderungen kämpfen. Im Revolutionsherbst 1989 war Bärbel Bohley eine der zentralen Akteurinnen. Nach der ersten freien Kommunalwahl in der DDR im Mai 1990 zog sie als Vertreterin des „Neuen Forums“ in die Ost-Berliner Stadtverordnetenversammlung ein. Zusammen mit anderen Bürgerrechtlerinnen und Bürgerrechtlern besetzte sie im September 1990 die ehemalige Stasi-Zentrale, um die Öffnung der Stasi-Akten zu erkämpfen.

BASISWISSEN

„Neues Forum“ (NF)

Im September 1989 wurde das NF als „politische Plattform“ gegründet. Es wandte sich mit dem Aufruf „Aufbruch 89“ an die Menschen in der DDR, um einen Dialog über die Zukunft des Staates anzuregen. Die Mitglieder des NF setzten sich ein für die Verwirklichung der Grundrechte und die Demokratisierung der DDR. Bei der ersten freien Parlamentswahl in der DDR am 18. März 1990 gehörte das NF dem Wahlbündnis „Bündnis 90“ an. Teile des NF gingen im September 1991 in der Partei „Bündnis 90“ auf. 1993 fusionierte „Bündnis 90“ mit der Partei „Die Grünen“ und agiert bis heute als „Bündnis 90/Die Grünen“.

AKTIONSFORMEN UND -RÄUME

FRAUENSTIMMEN

„Ja, wir ham die Männer weg gebissen. Wir wollten das als Frauen machen. (...) Die Männer wollten uns den Text diktieren und wir wollten bitteschön die Dinge selber in der Hand haben (...).“

Interview mit Irena Kukutz für das Projekt „Berlin in Bewegung“ des „Feministischen Archivs FFBIZ“



<https://www.berlin-in-bewegung.de/aktivist-innen/irena-kukutz#&gid=1&pid=1>

Viele oppositionell engagierte Menschen in der DDR nutzten Aktionsformen, die offiziell nicht gegen die Gesetze verstießen. Dazu gehörten v. a. Eingaben, aber auch offene Briefe und angemeldete Diskussionsveranstaltungen. Bereits diese Aktionsformen konnten zu Verfolgung und Überwachung durch die Stasi führen. Öffentlich sichtbare Protestaktionen riefen meist härtere Reaktionen des Regimes – wie Verhaftungen – hervor. Eine dieser spektakulären Aktionen war die „Verweigerung in Schwarz“ der „Frauen für den Frieden“. Dabei gaben im Oktober 1983 rund 40 Frauen in schwarz gekleidet ihre Wehrdienstverweigerung auf dem Postamt am Alexanderplatz ab. Diskussionsveranstaltungen fanden v. a. in kirchlichen Räumen statt. Einige evangelische Pfarrerinnen und Pfarrer öffneten oppositionellen Gruppen die Kirchen oder Gemeindehäuser, in denen relativ frei gesprochen und diskutiert werden konnte. Für einige Engagierte stellte das allerdings ein Problem dar: Insbesondere für atheisti-

„Außerhalb, neben den Arbeitskreisen unter dem Dach der evangelischen Kirche, gab es immer wieder Bemühungen von Lesben und Schwulen, staatliche Räume zu erhalten. (...) Diese Versuche wurden lange Jahre unterbunden.“

Beitrag von Marinka Körzendörfer in der Zeitschrift „Weiblick“ des „Unabhängigen Frauenverbandes“

<https://www.weiblick.com/wp-content/uploads/hefte/1993/Weiblick-Heft-14-1993.pdf> (S. 6–11)



FRAUENSTIMMEN

sche oder queere Frauen war die Kirche weniger eine Verbündete als vielmehr eine Struktur, die unterdrückte und diskriminierte. Für diese Frauen blie-

ben oft nur Treffen im kleineren Rahmen einer Privatwohnung, die dann häufig nicht über Freundinnengruppen hinausgingen.

BASISWISSEN

Kirche und Opposition

Oppositionelles Handeln war in der DDR kaum ohne die evangelische Kirche möglich. Die Kirchen verfügten als einzige Organisationen über vom Staat unabhängige Kommunikationskanäle und Räumlichkeiten. So gaben z. B. einzelne Mitarbeitende der evangelischen Kirche Oppositionellen die Möglichkeit, ihre Publikationen mit dem Stempel „Nur für den innerkirchlichen Dienstgebrauch“ zu versehen. Damit konnte die staatliche Genehmigungspflicht umgangen und Zensur vermieden werden. Die verschiedenen Oppositionsgruppen nutzten kirchliche Infrastrukturen unterschiedlich stark. Die Kirchenleitungen waren immer darauf bedacht, offene Konflikte mit dem SED-Regime zu vermeiden und maßregelten vereinzelt auch Mitarbeitende, die oppositionelle Gruppen unterstützten.

PORTRÄT:

CHRISTA SENGESPEICK-ROOS

Christa Sengespeick-Roos öffnete als Pfarrerin der Auferstehungsgemeinde in Berlin-Friedrichshain kirchliche Räume für oppositionelle Gruppen und unterstützte u. a. die „Frauen für den Frieden“. Im Mittelpunkt ihres Engagements standen die „Politischen Nacht-

gebete“. Das erste Treffen aus dieser Reihe fand 1984 unter dem Motto „Kommt lasst uns klagen, es ist an der Zeit, wir müssen schreien, sonst hört man uns nicht“ statt. Neben scheinbar privaten Themen (z. B. Rolle als Ehefrau, Mutter und Arbeiterin) ging es in

WUSSTEST DU ...

... dass „Politische Nachtgebete“ ihren Ursprung im Umfeld der 1968er-Bewegung in der Bundesrepublik haben?

Die Theologin Dorothee Sölle initiierte die ersten „Politischen Nachtgebete“ in Köln. Informationen über das politische Geschehen und liturgische Texte sollten die Teilnehmenden zum Nachdenken anregen. Diskussionsrunden und andere partizipative Elemente luden zum Austausch und Aktivwerden ein.

<https://www.digitales-deutsches-frauenarchiv.de/themen/politisches-nachtgebete-frauenemanzipation>



WER IST ...

... Christa Sengespeick-Roos?

Sie wurde 1952 in der Nähe von Brandenburg/Havel geboren. Neben einer Ausbildung zur Stenophonotypistin machte sie Abitur an der Volkshochschule und studierte im Anschluss Theologie. Im Jahr 1982 bekam sie eine Pfarrstelle in Berlin-Friedrichshain, obwohl die Kirchenleitung zunächst dagegen war. Christa Sengespeick-Roos war eine geschiedene Frau mit Kind, das empfanden die Entscheidungsträger zu dieser Zeit als Zumutung. 1989 ging sie in die Bundesrepublik und war bis 2016 Pfarrerin in Frankfurt/Main.

diesen Veranstaltungen um die gesellschaftliche Militarisierung und nicht zuletzt die Zwänge der Diktatur. Viele der engagierten Frauen bezeichneten die „Politischen Nachtgebete“ in der Auferstehungsgemeinde als erste Möglichkeit, frei und öffentlich auszusprechen, was ihnen schon lange durch den Kopf ging. Christa Sengespeick-Roos beschrieb ihr Engagement als Gratwanderung: Sie musste als Pfarrerin den

Anforderungen der Institution Kirche gerecht werden, die ihrerseits Kompromisse mit dem SED-Regime einging. Gerade die Kompromisse der Kirche mit der Staatsmacht sahen viele Oppositionelle skeptisch. Aber auch in kirchlichen Räumen waren die Frauen nicht vollständig vor dem Zugriff des Staates geschützt. Die Stasi beobachtete Veranstaltungen und dokumentierte Meinungsäußerungen.

DIE „LESBEN IN DER KIRCHE“ (LiK)

Mitte der 1980er-Jahre fanden sich auch vereinzelt oppositionelle Gruppen mit feministischem Anspruch zusammen. Aufgrund der gesetzlich verankerten Gleichstellung von Mann und Frau bot sich für Frauen in der DDR eine andere Ausgangslage als in der Bundesrepublik, mit anderen Problemen und Streitpunkten. Zu den feministischen Gruppen zählten u. a. die „Lesben in der Kirche“ (LiK). Einige Frauen trafen sich ab 1982 zunächst privat und arbeiteten dann kurze Zeit als „Arbeitskreis Homosexuelle Selbsthilfe“ mit schwulen Männern zusammen. Spätestens im November 1983 gründete sich der „Arbeitskreis Homosexuelle Selbsthilfe: Lesben in der Kirche“, der gegen die Diskriminierung lesbischer Frauen und die patriarchalen Strukturen in Staat und Gesellschaft der DDR kämpfte. Einige kirchliche Mitarbeitende boten den LiK für ihre politische Arbeit sichere Räume: Zuerst trafen sie sich in der

Philippus-Kapelle in Alt-Hohenschönhausen, bevor sie ihre Treffen in die Räume der Gethsemanegemeinde im Prenzlauer Berg verlagerten. Die LiK versuchten auch, staatliche Räume mit ihren Themen zu besetzen. Die Frauen wollten aber ihre feministische Kritik am Staat nicht aufgeben und u. a. deshalb scheiterte dieser Versuch. „Gemeinsam sind wir unerträglich“ war einer der Slogans der LiK. Dahinter stand der Anspruch, die patriarchale Gesellschaft der DDR immer wieder mit Aktionen zu stören.

Nach der Gründung der Gruppe in Ost-Berlin fanden sich DDR-weit Lesben – vor allem in kirchlichen Kontexten – zusammen. Sie vernetzten sich, sodass im Jahr 1988 die erste DDR-weite Lesbenwerkstatt stattfand. Die LiK bestanden bis zum Ende der DDR, viele von den Frauen engagierten sich später in Gruppen wie dem „Unabhängigen Frauenverband“.



Die „Lesben in der Kirche“ an ihrem Stand im Rahmen der Friedenswerkstatt auf dem Gelände der Erlöserkirche, 1985

WUSSTEST DU ...

... dass der Paragraph 175 des Strafgesetzbuches, der homosexuelle Handlungen zwischen Männern verbot, in der DDR nur bis 1968 galt?

Lesbische Frauen waren von diesem Paragraphen nicht betroffen, wohl aber vom Paragraph 151. Dieser hob bei homosexuellen Handlungen das Schutzalter an und sorgte dadurch für eine weitere Stigmatisierung. Für queere Menschen fehlten in der DDR Räume, um ihre Identität auszuleben. Das gesellschaftliche Klima war ihnen gegenüber eher feindlich gesinnt und viele von ihnen erlebten massive staatliche Überwachung und Verfolgung.

PORTRÄT: BETTINA DZIGGEL

FRAUENSTIMMEN

„In Gedenken an unsere lesbischen Schwestern ...“

Interview mit
Bettina Dziggel
in der Podcastreihe
„Grenzerfahrung“ der
„Stiftung Berliner Mauer“



<https://grenzerfahrung.podigee.io/8-neue-episode>

Bettina Dziggel gehörte Anfang der 1980er-Jahre zu den Gründerinnen der „Lesben in der Kirche“. Zusammen mit anderen Frauen legte sie 1984 in der KZ-Gedenkstätte Ravensbrück einen Kranz nieder und trug sich ins Gästebuch ein, um auf die Verfolgung und Ermordung lesbischer Frauen in der NS-Zeit aufmerksam zu machen. Diese Aktion rückte die LiK in den Fokus der Staatsmacht. Selbstbestimmtes Gedenken war in der DDR nicht vorgesehen, zumal lesbische Frauen nicht zu den „Opfern des Faschismus“ gezählt wurden. Sie galten nicht als kommunistische Widerstandskämpferinnen, die in der offiziellen DDR-Erinnerung an die NS-Zeit im Mittelpunkt standen. Deshalb wurde der abgelegte Kranz verbrannt und der Eintrag aus dem Gästebuch entfernt.

WER WAR ...

... Bettina Dziggel?

Sie wurde 1960 in einem Dorf in Sachsen geboren. Als sie 13 Jahre alt war, starb ihre Mutter, was sie zeitlebens prägte. Sie studierte Agrochemie und ging 1981 nach Ost-Berlin. Dort hatte sie unterschiedliche Jobs, u. a. war sie eine Zeit lang als Telegrammbotin tätig. 1983 gründete sie die „Lesben in der Kirche“ mit. Bettina Dziggel starb 2022 – kurz nach der Einweihung des Gedenkzeichens in der KZ-Gedenkstätte Ravensbrück.

Als einige Frauen der LiK 1985 am Festakt zur Befreiung des Konzentrationslagers Ravensbrück teilnehmen wollten, wurden sie in Polizeigewahrsam genommen. Dennoch erwirkten die LiK u. a. mit Eingaben, dass in der KZ-Gedenkstätte ein Hinweis auf die Ver-

folgung von Homosexuellen angebracht wurde. Doch erst 2022 konnte in Ravensbrück ein Gedenkzeichen für die dort getöteten lesbischen Frauen und Mädchen eingeweiht werden. Bettina Dziggel hatte sich dafür eingesetzt.

REAKTIONEN DES SED-REGIMES

BASISWISSEN

„Operativer Vorgang“ (OV)

In einem OV erfasste die Stasi Personen oder Personengruppen und legte dort fest, wie sie offen und verdeckt gegen diese ermitteln und welche weiteren Maßnahmen (z. B. Observation, Zersetzung, Verhaftung) sie einleiten wollte. Mit OV's sollten den bearbeiteten Personen(gruppen) Straftatbestände nachgewiesen werden, die dann entsprechend gehandelt werden konnten.

QUELLE

„Mit der Zielstellung der Verhinderung einer republikweiten alternativen Frauenbewegung ...“

Eröffnungsbericht zu einem Teilvorgang des ZOV „Wespen“ gegen die „Frauen für den Frieden“ in Ost-Berlin



<https://www.stasi-mediathek.de/medien/eroeffnungsbericht-zu-einem-teilvorgang-des-zentralen-operativen-vorgangs-wespen/blatt/2/>

Viele Frauen, die sich in den 1980er-Jahren in DDR-Oppositionsgruppen engagierten, erlebten staatliche Repression: Stasi-Verhöre, abgehörte Telefonate oder Verhaftungen. Zunächst schien es so, als nehme das SED-Regime weibliches Engagement weniger ernst. Die Stasi führte viele „Frauen für den Frieden“ in den „Operativen Vorgängen“ ihrer Ehemänner oder Lebenspartner mit, die sich oft ebenfalls oppositionell engagierten. 1985 eröffnete die Geheimpolizei den „Zentralen Operativen Vorgang“ mit dem Decknamen „Wespen“. Dort sammelte sie Informationen über Frauenfriedensgruppen in der DDR und legte Maßnahmen gegen diese fest. Je lauter und öffentlich sichtbar sich Frauen äußerten, desto größer wurde die Aufmerksamkeit des SED-Regimes und seiner Geheimpolizei.

FRAUENSTIMMEN

„Heute würde ich sagen, dass ich Leute verraten habe.“

Interview mit Monika Haeger (IM „Karin Lenz“) für das Fernsehmagazin KONTRASTE im Jahr 1990



<https://www.bpb.de/media-thek/video/455/die-wahrheit-muss-raus/>

Die Stasi versuchte, alles über die Frauen und ihre Aktionen in Erfahrung zu bringen, Schwächen zu nutzen und Zwietracht zu sähen. Sie platzierte Frauen in den Gruppen, die Informationen beschaffen und auf die Gruppe Einfluss nehmen sollten und führte diese als „Inoffizielle Mitarbeiter“ (IM). Eine davon war Monika Haeger (IM „Karin Lenz“). Seit 1982 war sie bei den „Frauen für den Frieden“ aktiv und knüpfte viele enge Kontakte in die DDR-Opposition. Regelmäßig berichtete Monika Haeger an die Stasi. Anfang 1989 äußerten einige der „Frauen für den Frieden“ den Verdacht, dass ihre Mitstreiterin für die Geheimpolizei arbeite. Im Juni offenbarte Monika Haeger ihr Doppelleben.

FRAUENSTIMMEN

„Alle ahnten, dass irgendwie Ende des Jahres 83 Verhaftungen drohen.“

Interview mit Ulrike Poppe für die Onlineausstellung „Keine Gewalt – Friedliche Revolution und der Weg der Gewaltlosigkeit“ des „Ökumenischen Arbeitskreis Prenzlauer Berg“



<https://www.youtube.com/watch?v=bx48864xPw4>

Anfang der 1980er-Jahre schaffte es das SED-Regime noch, oppositionelles Engagement einzudämmen. Als im Herbst 1989 immer mehr Menschen gegen die SED-Diktatur demonstrierten, war die Menge vom Regime nicht mehr im Zaum zu halten. Das jahrelange Engagement oppositioneller Gruppen hatte den diktatorischen Charakter des Regimes offenbart und gleichzeitig viele Drohungen der Machthaber wirkungslos werden lassen. Dies hatte Menschen ermutigt, ihre Rechte einzufordern. Die Oppositionsgruppen und ihre Aktionen waren somit ein wichtiger Faktor auf dem Weg zur Friedlichen Revolution.

UMGANG DER FRAUEN MIT STAATLICHER REPRESSION

Oppositionelle kannten die Gefahren ihres Engagements. Sie entwickelten Strategien, um sich so gut wie möglich vor staatlicher Repression zu schützen. So hielten sie Diskussionen und Ergebnisse ihrer Treffen in der Regel nicht schriftlich fest. Notizen versteckten sie gut oder lagerten sie außerhalb der eigenen Wohnung, damit die Stasi bei Durchsuchungen nicht direkt darauf stieß. Am Telefon besprachen

sie nur das Allernötigste, denn sie wussten, dass die Staatssicherheit mithörte. In Ost-Berlin organisierten sie ein Verhörtraining mit einem Psychologen, um gut gewappnet zu sein. Insbesondere Mütter, auch in der DDR häufig in der Verantwortung für Care-Arbeit, sorgten vor: Sie stellten Vollmachten für Freundinnen und Freunde oder Verwandte aus. Sie sollten im Falle einer Verhaftung die Verantwortung

FRAUENSTIMMEN

„Und dann ham wir auch beschlossen, wir lassen uns jetzt davon nicht kirre machen.“

Interview mit Irena Kukutz für das Projekt „Berlin in Bewegung“ des „Feministischen Archivs FFBIZ“

<https://www.berlin-in-bewegung.de/aktivist-innen/irena-kukutz#&gid=1&pid=2>



FRAUENSTIMMEN

„Ja, so subtil, aber auch offen, hat man damit natürlich auch gedroht.“

Interview mit Evelyn Zupke für den BABcast



<https://www.berlin.de/aufarbeitung/politische-bildung/podcast/babcast/artikel.1126181.php>

für die Kinder übernehmen dürfen, um die Unterbringung in einem staatlichen Kinderheim zu verhindern. Mütter in der Opposition bewegten sich in einem besonderen Spannungsfeld: Einerseits wollten sie ihre Kinder schützen, andererseits war ihr Engagement auf eine lebenswerte und bessere Zukunft auch für ihre Kinder gerichtet. Die Stasi versuchte, die Kinder als Schwachstelle zu missbrauchen. Häufig drohten Vernehmerinnen und Vernehmer den Frauen, dass im Falle einer Inhaftierung die Kinder unter Obhut des Staates gestellt werden könnten. Oppositionelle nutzten ihr Muttersein aber auch, um sich staatlicher Repression zu entziehen. So gab Almut Ilsen, als sie verhaftet werden sollte, vor, dass ihr Kind krank sei. Die Kinderärztin spielte mit und Almut Ilsen entging der Inhaftierung.

VERNETZUNG INNERHALB DER DDR UND ÜBER GRENZEN HINWEG

Viele Frauengruppen in der DDR waren untereinander und mit anderen Friedens-, Menschenrechts- und Umweltgruppen gut vernetzt. Es etablierten sich dabei größere Vernetzungstreffen. Eines der wichtigsten war die Friedenswerkstatt in der Erlöserkirche in Berlin-Lichtenberg, die am 27. Juni 1982 das erste Mal stattfand – mit über 3.000 Teilnehmenden. Ab 1984 organisierten Frauengruppen zusätzlich eigene Vernetzungstreffen.

Diese Veranstaltungen schafften Öffentlichkeit, die verschiedenen Gruppen konnten sich und ihre Ziele präsentieren, sich mit anderen austauschen und sich gegenseitig ermutigen. Hinzu kam, dass u. a. an den Friedenswerkstätten in Ost-Berlin regelmäßig westliche Journalistinnen und Journalisten teilnahmen. Ihre Berichte in westlichen

FRAUENSTIMMEN

„Wir brauchten den (...) Widerspruch und die Äußerungen ausm Westen gegen die Verhaftungen.“
(Jutta Seidel)

Interview mit Eva Quistorp (West-Berlin) und Jutta Seidel (Ost-Berlin) in einem Fernsehbeitrag des RBB über die „Frauen für den Frieden“



<https://www.berlin-mauer.de/videos/friedensdemos-in-ost-und-west-berlin-686/>

**West-Berliner „Frauen für den Frieden“
demonstrieren am Checkpoint Charlie
für die Freilassung von Ulrike Poppe
und Bärbel Bohley, 1983**

Medien schützten die Oppositionellen in der DDR zum Teil vor staatlichen Repressionen. Das SED-Regime musste abwägen, ob es mit Verhaftungen von bekannten Oppositionellen Aufsehen erregen und die internationale Anerkennung der DDR gefährden würde.

Auch international waren die oppositionellen Gruppen, so auch die Frauengruppen der DDR, gut vernetzt. Sie begriffen sich als Teil einer europa- und weltweiten Bewegung. Die engagierten Frauen tauschten sich aus und planten gemeinsame Aktionen. Das SED-Regime versuchte, diese Kontakte zu unterbinden. Kam es doch zu Treffen in der DDR, fanden diese in der Regel unter Beobachtung der Stasi statt. Die Frauen in Ost und West blieben dennoch in Kontakt und solidarisierten sich. So starteten die West-Berliner „Frauen für den Frieden“ 1983 eine Kampagne, um die Freilassung der beiden inhaftierten Ost-Berliner Friedensfrauen – Bärbel Bohley und Ulrike Poppe – zu erzwingen. Sie organisierten u. a. eine Mahnwache am Checkpoint Charlie.



QUELLE

Blick der Stasi auf die Frauengruppen:

<https://www.ddr-im-blick.de/jahrgaenge/jahrgang-1988/report/alternative-frauengruppen-in-der-ddr/#mark-0>



DER „UNABHÄNGIGE FRAUENVERBAND“

Im Revolutionsherbst 1989 ging es um politische Teilhabe, die auch die Frauengruppen in der DDR für sich reklamieren. Die Frauen wollten den Umbruch in der DDR aktiv mitgestalten und spezifisch weibliche Interessen einbringen. Dazu gehörte für sie u. a. ein Festhalten am Abtreibungsrecht der DDR, das frauenpolitisch deutlich liberaler war als das bundesrepublikanische. Sie strebten aber auch eine stärkere Parität in zukünftigen Regierungen an.

Um ihren Forderungen mehr Gewicht zu verleihen, riefen einige Frauen zur Gründung eines Dachverbands für die unabhängigen Frauengruppen auf. Am 3. Dezember 1989 kamen rund 1.200 Frauen aus über 60 Gruppen in die Berliner Volksbühne und gründeten den „Unabhängigen Frauenverband“ (UFV).



Wahlplakat des UFV zur Volkskammerwahl 1990, Zeichnung der Künstlerin Anke Feuchtenberger

Auch einige Frauen aus dem „Demokratischen Frauenbund Deutschlands“ (DFD) und anderen staatlichen Organisationen waren dabei. Als Gründungsdokument gilt das von der Wissenschaftlerin Ina Merkel verfasste „Manifest für eine autonome Frauenbewegung“.

Bereits vier Tage später, am 7. Dezember 1989, schickte der UFV zwei Vertreterinnen an den „Zentralen Runden Tisch“. Zu den Volkskammerwahlen am 18. März 1990 trat der UFV zusammen mit der „Grünen Partei der DDR“ in einem Wahlbündnis an. Von den acht erzielten Mandaten ging jedoch keines an den UFV. 1998 löste sich der Verband auf.

QUELLE

Ina Merkel: „Ohne Frauen ist kein Staat zu machen. Manifest für eine autonome Frauenbewegung der DDR“



https://www.digitales-deutsches-frauenarchiv.de/universal-viewer/imGZUFV-3350000101grauzone_1?canvas=0

BASISWISSEN

Demokratischer Frauenbund Deutschlands (DFD)

Der DFD formierte sich bereits 1947, noch vor der Gründung der DDR. Anfangs als basisdemokratischer Zusammenschluss verschiedener Frauengruppen gedacht, entwickelte er sich im Laufe der Gründungsjahre der DDR zum staatlich organisierten Frauenbund und sollte als Massenorganisation die Belange von Frauen in der DDR vertreten. Feministischen oder eigenständigen Aktivismus durch Frauen lehnte der DFD konsequent ab.

PORTRÄT: TATJANA BÖHM

FRAUENSTIMMEN

„Weil ich's nicht mehr ausgehalten hab.“

Interview mit Tatjana Böhm für das Projekt „Berlin in Bewegung“ des „Feministischen Archivs FFBIZ“



<https://www.berlin-in-bewegung.de/aktivist-innen/tatjana-boehm#&gid=1&pid=2>



Tatjana Böhm
als Ministerin ohne
Geschäftsbereich

Im Frühherbst 1989 trat die Soziologin Tatjana Böhm aus der SED aus und schloss sich den Protesten in der DDR an. Seit Anfang der 1980er-Jahre hatte sie sich als Wissenschaftlerin an informellen Gesprächskreisen zu feministischen und frauenpolitischen Themen beteiligt. Nun hoffte sie auf Reformen in der DDR und wollte diese mit der „Sozialistischen Fraueninitiative“ und schließlich dem „Unabhängigen Frauenverband“ (UFV) mitgestalten. Wie andere Frauen sah Tatjana Böhm ihre Interessen in der Bürgerbewegung nicht ausreichend vertreten.

WER IST ...

... Tatjana Böhm?

Tatjana Böhm wurde 1954 im heutigen Chemnitz, damals Karl-Marx-Stadt, geboren. Ihre Eltern unterstützten das SED-Regime. Sie machte 1973 Abitur, studierte Soziologie an der Humboldt-Universität zu Berlin und arbeitete nach dem Studium u. a. am Institut für Soziologie und Sozialpolitik der Akademie der Wissenschaften, promovierte zur Frauenpolitik. Tatjana Böhm war Mitglied der Vorbereitungsgruppe des Frauentreffens am 3. Dezember 1989, das zur Gründung des UFV führte. Für den UFV saß sie am „Zentralen Runden Tisch“ und arbeitete dort in der AG „Neue Verfassung“ mit. Ab Februar 1990 war sie eine der Ministerinnen „ohne Geschäftsbereich“ in der Regierung Modrow. Böhm verließ die aktive Politik kurze Zeit später und arbeitete ab 1992 bis zur Rente als Referatsleiterin im Brandenburger Frauenministerium.

Am „Zentralen Runden Tisch“ vertrat Tatjana Böhm den UFV und arbeitete u. a. an der Sozialcharta mit. Darin ging es z. B. um Kinderbetreuung, Zugang zu Bildung und das Recht auf Schwangerschaftsabbrüche. Viele dieser Punkte brachte Tatjana Böhm in die Diskussionen über eine neue Verfassung für eine reformierte DDR – und später für eine gemeinsame neue Verfassung einer vereinigten Bundesrepublik – ein. Mit dem Beitritt der DDR zur Bundes-

republik und der damit verbundenen Übernahme des Grundgesetzes waren diese Überlegungen vom Tisch. Frauenpolitische Belange spielten im Einigungsprozess keine Rolle. Nichtsdestotrotz brachte die Arbeit von Frauen wie Tatjana Böhm öffentliche Aufmerksamkeit für diese Themen und führte nicht zuletzt zur Gründung zahlreicher frauenpolitischer Initiativen, die teilweise bis heute aktiv sind.

FRAUEN AM VERHANDLUNGSTISCH

FRAUENSTIMMEN

„Wir wollen freie Wahlen, wir wollen damit in eine demokratische Ordnung gelangen und wir wollen Rechtsstaatlichkeit.“

Interview mit Ulrike Poppe für die Onlineausstellung „Keine Gewalt – Friedliche Revolution und der Weg der Gewaltlosigkeit“ des „Ökumenischen Arbeitskreis Prenzlauer Berg“



<https://www.youtube.com/watch?v=bUMbV3qPiKQ>

Nach dem Mauerfall am 9. November 1989 stellte sich die Frage, wie es mit der DDR weitergehen sollte. War eine reformierte DDR denkbar und wie sollte sie aussehen? Oder war eine Vereinigung mit der Bundesrepublik unausweichlich? Zu welchen Konditionen sollte sie erfolgen? Vor dem Mauerfall und der Entmachtung der SED hatte die Opposition versucht, die Defizite des SED-Regimes aufzuzeigen und Veränderungen zu erreichen. In der späteren Phase der Friedlichen Revolution ging es nun darum, die Zukunft zu gestalten.

Die Zukunft der DDR wurde u. a. am „Zentralen Runden Tisch“ verhandelt. Dort diskutierten und entschieden Vertreterinnen und Vertreter des bisherigen Regimes sowie von Gruppen und neu gegründeten Parteien aus der Bürgerbewegung. Bei der konstituierenden Sitzung des „Zentralen Runden Tisches“ am 7. Dezember 1989 saßen 33 stimmberechtigte Mitglieder am Tisch – nur acht davon waren Frauen. Diese Verteilung spiegelte die bisherigen Geschlechterverhältnisse im Politikbetrieb der DDR wider.

WUSSTEST DU ...

... dass der „Zentrale Runde Tisch“ in der DDR an eckigen Tischen tagte?

Vertreterinnen und Vertreter des SED-Regimes und der Opposition verhandelten zwischen Dezember 1989 und März 1990 über die Demokratisierung der DDR. Themen waren u. a. die Auflösung der Staatssicherheit, eine neue DDR-Verfassung und ein Wahlgesetz für die ersten freien Wahlen in der DDR. Die Beschlüsse des „Zentralen Runden Tisches“ hatten großen Einfluss auf die Arbeit der letzten DDR-Regierung. Auch in den Bezirken und Kreisen der DDR bildeten sich „Runde Tische“. Der Begriff „Runder Tisch“ verwies auf ähnliche Gespräche in Polen, die bereits seit Februar 1989 tatsächlich an einem runden Tisch stattfanden.

terverhältnisse im Politikbetrieb der DDR wider. Auch in der DDR besetzten Männer die entscheidenden Stellen in Politik und Staat.

Für die Bürgerbewegung saßen u. a. Ingrid Köppe und Ulrike Poppe am „Zentralen Runden Tisch“. Der wenige Tage zuvor gegründete „Unabhängige Frauenverband“ (UFV) war zunächst nicht vertreten. Einige Frauen protestierten dagegen vor dem Sitzungsgebäude. Auf einem Transparent war zu lesen: „Ohne Frauen läuft nichts mehr“.

So schafften es die Frauen vom UFV, zwei Vertreterinnen an den „Zentralen Runden Tisch“ zu entsenden.

Viele Frauen aus der DDR-Opposition blieben nach der Friedlichen Revolution politisch und gesellschaftlich aktiv. Sie gestalteten die Zukunft des vereinigten Deutschlands mit. Dabei beschränkten sie verschiedene Wege: Sie wurden Abgeordnete, arbeiteten in Parteien und zivilgesellschaftlichen Initiativen mit oder verschrieben sich der Aufarbeitung der SED-Diktatur.

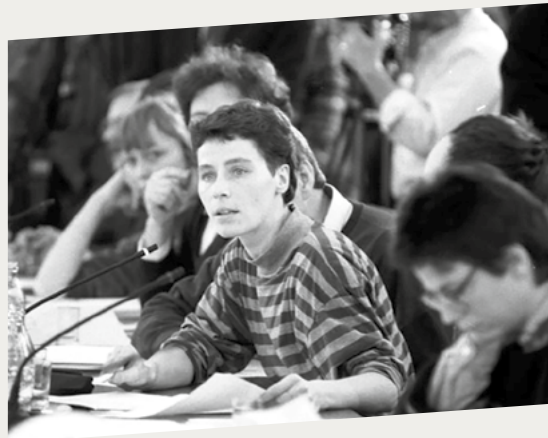
PORTRÄT: INGRID KÖPPE

KONTEXT

Informationsbroschüre „Wahlen in der DDR“



<https://www.berlin.de/aufarbeitung/veroeffentlichungen/einzelpublikationen/>



Ingrid Köppe am „Zentralen Runden Tisch“ in Berlin, 1990

Ingrid Köppe beteiligte sich ab Mitte der 1980er-Jahre an Protestaktionen gegen die nukleare Aufrüstung, verteilte unter anderem Flugblätter. Ihr Lehramtsstudium durfte sie nicht fortführen, da sie sich weigerte, die Ausbürgerung des Liedermachers Wolf Biermann mit ihrer Unterschrift unter eine Erklärung zu unterstützen. Im Jahr 1989 protestierte Ingrid Köppe außerdem gegen die Fälschung der Kommunalwahlen im Mai und wurde daraufhin von der Staatssicherheit festgenommen. Bis zur Friedlichen Revolution

WER IST ...

... Ingrid Köppe?

Ingrid Köppe wurde 1958 in Ost-Berlin geboren. Nach dem Abitur 1976 und dem abgebrochenen Studium an der Pädagogischen Hochschule in Güstrow war sie kurze Zeit arbeitslos. Danach arbeitete sie als Bibliothekshelferin und konnte ab 1978 an der Fachhochschule für Bibliothekare in Leipzig studieren. Nach ihrer Zeit im Bundestag zog sie sich 1994 aus der Politik zurück und arbeitet nach einem Jura-Studium heute als Rechtsanwältin.

war sie jedoch nie Teil einer Frauen- oder Oppositionsgruppe, denn für sie kam ein Engagement in Gruppen unter dem Dach der Kirche nicht in Frage. Erst das „Neue Forum“ (NF) bot Köppe die Möglichkeit, sich in organisierter Weise zu engagieren. Ab Dezember 1989 war sie Sprecherin des NF am „Zentralen Runden Tisch“.

Sie kämpfte unter anderem für die Auflösung der Staatssicherheit und besetzte im September 1990 die ehemalige Stasi-Zentrale in Berlin-Lichtenberg mit, um die Öffnung der Stasi-Akten zu erreichen. Nach 1990 saß sie für „Bündnis 90/Die Grünen“ im Deutschen Bundestag, wo sie u. a. das Stasi-Unterlagen-Gesetz mitgestaltete.

FAZIT: „OHNE FRAUEN LÄUFT NICHTS MEHR“

In den 1980er-Jahren entwickelten sich in der DDR oppositionelle Gruppen, die Räume für offenere Diskussionen boten, Informationen bereitstellten und politische Teilhabe einforderten. Ihr Engagement trug zur Friedlichen Revolution 1989/90 bei. Viele Frauen engagierten sich in diesen Gruppen und brachten weibliche Standpunkte in die Diskussion ein. Sie gründeten eigene Frauengruppen und politisierten sich in diesen geschützten Räumen. Dort lernten sie, für ihre Anliegen zu kämpfen, sich zu vernetzen und die begrenzten Räume in der Diktatur auszunutzen. Sie erarbeiteten frauenpolitische Standpunkte und bestärkten sich, um in anderen Zusammenhängen erfolgreich aktiv werden zu können. Es ging darum, eine eigene Stimme zu finden und dafür zu sorgen, dass diese gehört wird. Die Frauen tauschten sich aber auch über staatliche Repression aus und halfen sich gegenseitig, damit umzugehen.

Besonders für Frauen in der DDR stand im Vereinigungsprozess des Jahres 1990 viel auf dem Spiel: In der DDR war die Gleichberechtigung der Geschlechter gesetzlich verankert. Die Mehrheit der Frauen war erwerbstätig und damit ökonomisch unabhängig. Auch wenn viele patriarchale Strukturen in der



Frauen erstreiten am 7. Dezember 1989 die Teilnahme des „Unabhängigen Frauenverbandes“ (UFV) am „Zentralen Runden Tisch“

DDR fortbestanden, fühlten sich Frauen in der DDR doch emanzipiert und befürchteten, dass eine Vereinigung mit der Bundesrepublik viele Errungenschaften – wie z. B. das vereinfachte Abtreibungsrecht – zu Nichte machen

würde. Das Engagement von Frauen in der Opposition der 1980er-Jahre prägte den Weg zur Vereinigung somit wesentlich.

IMPRESSUM

Herausgeber:

Berliner Beauftragter zur Aufarbeitung der SED-Diktatur (BAB)
Franz-Jacob-Str. 4 B
10369 Berlin
www.aufarbeitung-berlin.de

Autorinnen: Dr. Andrea Bahr, Michèle Matetschk
Gestaltung: www.dunkelau-lemke-stach.de

Der Herausgeber ist für den Inhalt der aufgeführten
externen Internetseiten nicht verantwortlich.

Bildnachweise

Titel Robert-Havemann-Gesellschaft/Rolf Walter/RHG_Fo_RoWa_03_39-13
S. 8 Robert-Havemann-Gesellschaft/Werner Fischer/RHG_Fo_WF_041
S. 9 Bundesstiftung Aufarbeitung, Klaus Mehner, Bild 88_0928_POL-Bohley_11
S. 17 Robert-Havemann-Gesellschaft/Bettina Dziggel/RHG_Fo_GZ_0396, „Lesben in der Kirche“
S. 26 Bundesarchiv, MfS, HA VI 5640 S 82 B 2
S. 28 FFBIz, F Rep 10 DDR 20.1 (2454), Alle Frauen sind mutig! stark! schön!
S. 30 Robert-Havemann-Gesellschaft/Armin Wiech/RHG_Fo_AW_1396
S. 34 Bundesarchiv, Bild 183-1990-0115-018/Mittelstädt, Rainer/CC-BY-SA 3.0
S. 36 Robert-Havemann-Gesellschaft/Rolf Walter/RHG_Fo_RoWa_03_39-13



**Berliner Beauftragter
zur Aufarbeitung
der SED-Diktatur**